

# Stopp von Privatisierung und Stellenabbau im Öffentlichen Dienst!

## **Berliner Senat verscherbelt öffentliches Eigentum!**

Der Berliner Senat hat seine neuesten Sparbeschlüsse verkündet: Das gesamte öffentliche Vermögen der Berliner Bevölkerung soll verkauft, sämtliche Einrichtungen öffentlichen Rechts in Aktiengesellschaften und GmbHs umgewandelt werden.

Betroffen sind alle: Krankenhäuser, Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Berliner Stadtreinigung (BSR), Berliner Wasserbetriebe (BWB), die Gas und Stromversorgung (Gasag, Bewag), und die städtische Wohnungsbaugesellschaft!

## **Privatisierung ist Diebstahl am Öffentlichen Eigentum!**

Beispielgebend dafür ist die erfolgte Privatisierung der Berliner Elektrizitätsbetriebe (BEWAG). Die BEWAG wurde dieses Jahr für einen Spottpreis den deutschen Elektrizitätsmonopolen PreussenElektra, VIAG und dem US-Strom-Multi Southern Company in den Rachen geworfen. Der Verkauf erfolgte nach ÖTV-Angaben 600 Millionen DM unter Wert. Dazu kommt, daß die 2,7 Mrd. DM Gewinnrücklagen der BEWAG nicht vertraglich für notwendige Investitionen gesichert sind. So können die neuen Eigentümer dieses Geld problemlos abzocken, der Kaufpreis der BEWAG würde dann unterm Strich gerechnet nur 15 Millionen betragen! Schon 1996 kaufte Southern-Company sich in eine englische Elektrizitäts-Company ein und zockte 500 Millionen Pfund aus öffentlichen Rücklagen ab.

## **Privatisierung bedeutet Personalabbau und Gebüreneerhöhungen!**

Gleich nach der Privatisierung der BEWAG erfolgte eine Dividendenerhöhung von 20 Pfennig pro Aktie, mittelfristig sollen die BEWAG-Aktien auf 25% des Nennwertes angehoben werden. Wie schön bei der Privatisierung der Post oder Bahn werden die Gewinnerhöhungen mittels massiven Personalabbaus und steigenden Gebühren-/Preiserhöhungen durchgesetzt. Der Senat hat sich durch die Privatisierung jeglicher Kontrollmöglichkeiten beraubt.

## **Gegenwehr jetzt!**

Die Privatisierungsvorhaben des Berliner Senats müssen gestoppt werden. Die anderen städtischen Betriebe dürfen nicht das gleiche Schicksal wie die BEWAG haben. Die BEWAG muß wieder unter öffentlicher Kontrolle gebracht werden.

## **Mehrheit gegen Privatisierungen!**

Sprach sich die Berliner ÖTV noch im Frühjahr für eine Teilprivatisierung der BEWAG aus, will sie heute keine weitere Privatisierung zulassen. Eine Berliner Vertrauensleute- und Personalräteversammlung der ÖTV sprach sich im Frühjahr einstimmig gegen jede weitere Privatisierung aus, KollegInnen forderten offensive Kampfmaßnahmen gegen die Senatspolitik. Im August demonstrierten 5000 Beschäftigte gegen die geplante Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe. ÖTV-Vorsitzender Kurt Lange drohte auf der anschließenden Betriebsversammlung mit Streiks.

## **Druck machen!**

Trotzdem weigerte bisher sich die Berliner ÖTV-Führung, eine ernsthafte bereichsübergreifende Gegenwehr zu organisieren. Gelegenheit hatte sie dazu genügend: An den diesjährigen Protestaktionen der Beschäftigten der Berliner Kitas, Krankenhäuser, der Feuerwehr, der BWB und BEWAG knüpfte sie nicht an. Notwendig ist, daß sich die KollegInnen weiter auf betrieblicher Ebene gegen die geplanten Privatisierungen und weiteren Stellenabbau wehren. Das beste Mittel dafür ist der organisierte Kampf über die Gewerkschaft. Es ist aber auch notwendig von der Gewerkschaftsführung berlinweite Aktionen einzufordern.

## **Eintägiger Streik- und Protesttag**

KollegInnen des Netzwerkes für "eine demokratische und kämpferische ÖTV" brachten im Frühjahr die Forderung nach einem Streik- und Protesttag in Vertrauensleute- und Betriebsversammlungen ein. Eine Mehrheit der KollegInnen unterstützten diese Forderung. Leider ignorierte die ÖTV-Führung auch dies. Die Sozialistische Alternative (SAV) unterstützt und beteiligt sich an der Organisation von Protestaktionen und Zusammenschlüssen von KollegInnen gegen die unsoziale Politik des Berliner Senats. Ebenfalls denken wir, daß ein Streik- und Protesttag notwendig ist. Ein Tag an dem gemeinsam Beschäftigte und Nutzer des Öffentlichen Dienstes auf die Straße gehen und dem Berliner Senat deutlich machen, daß eine weitere Kürzungspolitik nicht ohne Gegenwehr hingenommen wird. Mit solch einer Aktion können KollegInnen für weitere Aktionen ermutigt werden. Außerdem würde dem Berliner Senat deutlich gemacht werden, daß ohne den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in dieser Stadt nichts läuft.

**Kontakt:** SAV Berlin, Schönhauser Allee 26 a, 10435 Berlin; Tel./Fax: 030/ 44 084 29, V.i.S.D.P.: Aron Amm

# SAV

## Sozialistische Alternative